

Das frühneuzeitliche deutsche Reich als politisches Referenzsystem des amerikanischen Föderalismus im Entstehungsprozeß der USA (1751-1788)

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens steht die Untersuchung und Dokumentation des besonderen Status des frühneuzeitlichen deutschen Reiches als politisches Referenzsystem des amerikanischen Föderalismus im Entstehungsprozeß der USA (1751-1788). Wiewohl schon seit über zwei Jahrzehnten ein lebhaftes Interesse amerikanischer wie europäischer Historiker an den verschiedensten Konföderationen des 18. Jahrhunderts zu erkennen ist, die – wie etwa die Schweiz oder die Niederlande – den bundesstaatlichen Zusammenschluß der USA inspiriert, vorbereitet oder gar beeinflußt haben, wurde in der historischen Forschung bislang noch kaum danach gefragt, ob nicht vielleicht auch das älteste, größte und bedeutendste föderativ verfaßte Gemeinwesen der Vormoderne, also das frühneuzeitliche deutsche Reich als politisches Referenzsystem für den amerikanischen Staatenbund gedient hat. Das frühneuzeitliche deutsche Reich als Referenzsystem für den amerikanischen Föderalismus zu untersuchen, bedeutet nicht nur, im Sinne der traditionellen Einflußforschung danach zu fragen, welche Elemente der Reichsverfassung möglicherweise Eingang in die U.S.-Verfassung von 1787 gefunden haben. Unter Einbeziehung der neueren Forschungen zum Prozeß der ‚Westernisierung‘ im Sinne Anselm Doering-Manteuffels und zum Problem des atlantisch-europäischen Kulturtransfers – der bereits im 18. Jahrhundert ein zirkulierender Ideenverkehr in beide Richtungen war –, bedeutet es vielmehr, den Fragerahmen auszuweiten: Geklärt werden soll mit Hilfe eines methodischen Vorgehens, das sich am diskursgeschichtlich orientierten Programm der Cambridge School ausrichtet, inwieweit das Organisations- und Ordnungssystem des Föderalismus auf beiden Seiten des Atlantiks als zukunftsträchtigstes politisches Mittel des Westens zur Lösung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte diskutiert wurde, und wie in den USA *im Rahmen* dieses transatlantischen Föderalismusdiskurses insbesondere unter Bezug auf das Reich eigene Konzepte und Positionen geklärt und Maximen für das politische Handeln formuliert wurden. Kurz, es geht darum, die Föderalismusdebatte als Indikator und Faktor der ‚Westernisierung‘ zu untersuchen. Dabei sollen immer auch die mit dem Konzept der ‚Westernisierung‘ verbundenen Möglichkeiten und Grenzen der historischen Erkenntnis kritisch getestet werden.

Auf der Grundlage von bislang in der Frühneuzeitforschung wie von der Amerikahistoriographie übersehenen, aber außerordentlich reichhaltigen und aussagekräftigen Quellenbeständen in Deutschland und den USA soll erstens untersucht werden, wie der kurz vor und während des Siebenjährigen Krieges von Benjamin Franklin angeregte Diskurs über die Möglichkeit eines freiwilligen föderativen Zusammenschlusses der britischen Kolonien Nordamerikas auch unter – zunächst noch spärlicher – Bezugnahme auf das frühneuzeitliche deutsche Reich geführt wurde (1751-1763). Zweitens soll das von Franklin nach Ende des Siebenjährigen Krieges geführte Gespräch mit dem deutschen Reichsjuristen Johann Stephan Pütter über die föderale Verfassung des Reiches analysiert und nachgezeichnet werden, da das Reich seit Franklins Begegnung mit Pütter (1766) bis zur Unabhängigkeitserklärung (1776) und Annahme der Konföderationsartikel (1777/81) zu einer festen politischen Referenzgröße der amerikanischen Gründerväter wurde. Diese wollten aus der deutschen Reichsgeschichte vor allem lernen, wie die einzelnen Staaten der “Germanic Confederation” (Franklin, 1776) ihre untereinander bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich finanzieller, wirtschaftlicher, legislativer, militärischer oder bündnispolitischer Streitpunkte im Rahmen der föderativen Reichsverfassung zu lösen pflegten. Drittens soll die Debatte amerikanischer Föderalisten über den bundesstaatlichen Charakter der USA untersucht werden, um zu verstehen, weshalb James Madison die noch jungen Vereinigten Staaten im Oktober 1787 in einem Brief an Thomas Jefferson explizit als Variante des frühneuzeitlichen deutschen Reiches definierte und zwei Monate später gemeinsam mit Alexander

Hamilton hervorhob, daß das föderativ verfaßte Reich für die Architekten der U.S.-Verfassung eine unverzichtbare "source of experimental instruction" (Federalist, 8. Dezember 1787) gewesen sei (1778-1788).

Als Ergebnis soll schließlich erkennbar werden, daß auch die in einem revolutionären Entstehungsakt begründeten USA nicht ohne Rekurs auf eingeführte europäische Verfassungsordnungen auskommen konnten und daß sich dabei die föderative Organisationsform des – von den amerikanischen Föderalisten als ‚Staat‘ bezeichneten – frühneuzeitlichen deutschen Reiches als besonders hilfreich erwies. Dadurch dürfte das Forschungsvorhaben auch einen wichtigen Beitrag zur gegenwärtig lebhaft geführten Debatte zumeist deutscher Geschichtswissenschaftler liefern, ob der eigentümlich föderative Staatscharakter des frühneuzeitlichen deutschen Reiches denn nicht entgegen der alten machtsstaatlichen Abwertung des 19. und 20. Jahrhunderts als der eigentlich modellhafte – und der westlichen Wertegemeinschaft verpflichtete – Zweig der deutschen Staatstradition zu verstehen sei.